

# Deliberative Demokratie nach der digitalen Transformation

Lafont, Cristina

Ein Symptom der aktuellen Krise der Demokratie ist der Qualitätsverlust des öffentlichen politischen Diskurses in demokratischen Gesellschaften. Die rapide Ausbreitung von Falschmeldungen, Desinformation, Fake News und Verschwörungstheorien führt zu einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung der politischen Gemeinschaft. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Ohne eine Öffentlichkeit, die alle einschließt und so eine demokratische politische Kultur gewährleistet, ist die Zukunft der Demokratie ernsthaft bedroht. [Zur Auflösung der Fußnote\[1\]](#)

Bürgerinnen und Bürger entwickeln, gerade auch in der Ausübung demokratischer Freiheitsrechte, unterschiedliche Interessen, Überzeugungen, Werte und politische Zielvorstellungen. Weil daraus politische Meinungsverschiedenheiten entstehen, sind verpflichtende politische Entscheidungen nur dann vertretbar, wenn die Bürger an politischen Debatten teilhaben können, um ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger von der Angemessenheit der von ihnen befürworteten politischen Entscheidungen zu überzeugen – damit sie eine Entscheidung auch dann als zweckdienlich akzeptieren, wenn sie eigentlich eine andere bevorzugen würden. Im Gegensatz zu autoritären Regimen bemühen sich Demokratien darum, dass ihre Bürger die Gesetze, denen sie unterworfen sind, als vernünftig akzeptieren und aus eigenem Antrieb befolgen, anstatt sie zu blindem Gehorsam zu zwingen. Diese besondere Form der Freiheit ist untrennbar mit der Verpflichtung verbunden, alle, die dem Gesetz unterworfen sind, in die Diskussion, Beratung und Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ein kollektiver politischer Wille in Bezug auf grundlegende politische Entscheidungen kann sich jedoch nur dann herausbilden, wenn die Bürger ausreichend mit Informationen versorgt werden und an umfassenden politischen Debatten teilhaben können.

Da die digitale Revolution eine noch immer recht neue Entwicklung ist, wird über ihre Auswirkungen auf die Öffentlichkeit noch lebhaft diskutiert. Ein wichtiger Aspekt in diesen Debatten ist die Frage, ob die Gefahren für den öffentlichen Diskurs, die wir derzeit beobachten, auf spezielle Merkmale der digitalen Revolution und die Entstehung von Social-Media-Plattformen zurückzuführen sind oder ob die Störeffekte auf umfassenderen strukturellen Faktoren beruhen – etwa auf der wachsenden sozialen Ungleichheit aufgrund des seit Jahrzehnten währenden neoliberalen Kapitalismus, der daraus resultierenden Erosion der Solidarität und der Zunahme des „Überwachungskapitalismus“ (Shoshana Zuboff) – und durch die Digitalisierung einfach nur verstärkt werden. [Zur Auflösung der](#)

[Fußnote\[2\]](#) Bei dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir stehen noch immer am Beginn der digitalen Revolution, und die Fähigkeit der Gesellschaft, sich der Entwicklung anzupassen, hinkt dem hohen Tempo der technologischen Neuerungen, etwa auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz, weit hinterher. Doch selbst wenn Social Media nicht die *einzigste* Ursache für die gesellschaftliche Fragmentierung und Polarisierung und für die Verbreitung von Fehlinformationen wären, lässt sich kaum bestreiten, dass einige ihrer strukturellen Eigenschaften eine Bedrohung für eine gut informierte und inklusive Öffentlichkeit darstellen.

## **Geschäftsmodell Online-Kommunikation**

Das Geschäftsmodell der Social-Media-Plattformen basiert darauf, die Nutzerinnen und Nutzer durch Datenerfassung und algorithmische Personalisierung möglichst eng an sich zu binden. Dieses Modell hat zwei problematische Eigenschaften: Zum einen erleichtert die Vorauswahl der Inhalte aufgrund früherer Vorlieben der Nutzer die Bildung von Filterblasen und Echokammern – mit der Folge, dass diejenigen, die sich in erster Linie auf Social Media verlassen, so gut wie nie Informationen, Nachrichten oder Meinungen erhalten, die von ihrem Weltbild abweichen. Zum anderen verbreiten sich Inhalte in den sozialen Medien auf Grundlage von Algorithmen, die nicht auf den Wahrheitsgehalt abzielen, sondern auf eine maximale Nutzerbindung. Die Adressaten können oft gar nicht erkennen, ob die Meldungen in ihren Feeds zutreffen oder nicht, ob sie die Ansichten ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger oder von Trollen aus dem Ausland repräsentieren und ob sie von einer zuverlässigen Quelle oder einem Online-Bot mit Fake Account stammen. Diese Merkmale von Social Media verstärken nicht nur die Isolierung einzelner Gruppen und die Fragmentierung und Polarisierung der Gesellschaft, sondern fördern auch die Verbreitung von Fehlinformationen, Fake News und Verschwörungstheorien sowie die Manipulation von Wählerinnen und Wählern durch Micro-Targeting. Zusätzlich zu diesen bedrohlichen Entwicklungen erleben wir einen Bedeutungsverlust der traditionellen Medien, die idealerweise nach journalistischen Kriterien wie Unparteilichkeit, Wahrhaftigkeit und Verantwortlichkeit arbeiten.

Schon im derzeitigen Medienumfeld ist es mühsam, sich zu informieren und dabei nicht mit Fake News, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien konfrontiert zu werden; doch noch viel schwieriger ist es, die Meinungen anderer Menschen zu wichtigen politischen Fragen herauszufinden – vor allem jener, die eine andere Haltung als man selbst vertreten. Häufig kann man gar nicht genau sagen, ob die Ansichten, denen man begegnet, echte Meinungen widerspiegeln oder ob es sich um manipulierte Aussagen handelt, verbreitet von mächtigen Akteuren – etwa von politischen Kräften, Lobbyisten, Hackern, Internet-Bots oder Trollen anderer Staaten –, denen unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit zuteil wird, deren Interessen und Ansichten aber in keiner Weise die der Bürgerschaft repräsentieren. Sollte diese Entwicklung anhalten, wird zunehmend ungewiss werden, wie sich Bürgerinnen

und Bürger in Zukunft ausreichend informieren sollen, um in eine sinnvolle Debatte mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu treten, selbst bei den grundlegendsten politischen Fragen. Es stellt sich daher die Frage, was man gegen diese negativen Auswirkungen unternehmen kann, bevor es zu spät ist. Hierzu gibt es zwei grundlegend verschiedene Ansätze.

### **Antidemokratisches Denken: Populismus und Technokratie**

Wer der Meinung ist, dass diese Probleme ohnehin nicht behoben werden können – weil Bürgerinnen und Bürger zu ignorant beziehungsweise zu schlecht oder falsch informiert sind oder von den Eliten zu sehr manipuliert werden, um sich an einer richtigen politischen Debatte zu beteiligen und so Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und angemessene politische Entscheidungen zu treffen –, der kann sich natürlich einfach dem Defätismus hingeben und die Entwicklung mit dem Argument akzeptieren, dass das Ideal einer deliberativen Demokratie für Gesellschaften wie unsere eben nicht geeignet sei. Diese Position nehmen zwei (miteinander unvereinbare) Alternativen zur demokratischen Inklusion ein, die in Krisenzeiten besonders gedeihen: Populismus und Technokratie.

Die derzeitige Krise der Demokratie spiegelt diesen Trend. Nach vier Jahrzehnten neoliberaler, technokratischer Politik, die zur Finanzkrise von 2008 führte, nach Austeritätsmaßnahmen und einer massiven Verschärfung der Ungleichheit erleben derzeit fast alle demokratischen Gesellschaften einen populistischen Backlash. Populistische Parteien versprechen den Wählern, „dem wahren Volk“ die Kontrolle zurückzugeben, indem sie den Eliten und den von ihnen vermeintlich begünstigten Minderheiten Macht entziehen, und werden dafür gewählt. Im aktuellen politischen Klima scheint die Demokratie zwischen Technokratie und Populismus festzustecken, zwischen der Herrschaft der Experten und der Herrschaft der Straße; und Europa scheint gefangen zwischen EU-Technokratie und antieuropäischem Populismus.

Populismus wie Technokratie locken Bürgerinnen und Bürger in eine Falle des antidemokratischen Denkens: Die von ihnen gewünschten Resultate lassen sich vermeintlich schneller erzielen, wenn ein Teil ihrer Mitbürger außen vor bleibt. Technokraten hoffen, dass sich Verbesserungen schneller einstellen, wenn politische Entscheidungen von Experten getroffen werden und die unwissende Bürgerschaft umgangen wird. Populisten erhoffen sich dasselbe vom „wahren Volk“ im Gegensatz zu den politischen Eliten. Bei allen Unterschieden haben die populistischen und technokratischen Angriffe auf die Demokratie also eines gemeinsam: Sie stellen die grundlegende demokratische Verpflichtung infrage, allen Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht bei sämtlichen politischen Entscheidungen einzuräumen, die sie betreffen – und tragen insofern autokratische Züge.

Dabei vergessen Populisten und Technokraten allerdings gleichermaßen, dass eine politische Gemeinschaft nicht besser sein kann als ihre Mitglieder. **Die Bürger müssen von den**

politischen Entscheidungen, die sie betreffen, im Herzen und Denken überzeugt und bereit sein, „ihren Teil dazu beizutragen“, sonst werden sich die erhofften Verbesserungen nicht einstellen. Eine politische Gemeinschaft kann es sich nicht leisten, ihre Bürgerinnen und Bürger unwissend, falsch informiert, polarisiert oder manipuliert zu lassen. Denn unter derartigen Bedingungen gute Politik zu machen und vor allem gute Resultate zu erzielen, ist extrem unwahrscheinlich. [Zur Auflösung der Fußnote\[3\]](#) Der Grund dafür ist einfach: Die Bürgerinnen und Bürger können zwar im politischen Prozess außen vor gelassen werden, wenn Entscheidungen gefällt werden, nicht jedoch, wenn Entscheidungen umgesetzt werden sollen. Damit die Ziele der Gesetzgebung erreicht werden können, müssen alle ihren Beitrag leisten. Man denke nur an die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie oder den Kampf gegen den Klimawandel: Damit derartige Maßnahmen Erfolg haben, müssen die Bürgerinnen und Bürger freiwillig mitziehen. Sie müssen bereit sein, ihr Verhalten zu ändern und Opfer zu bringen, müssen die Risiken akzeptieren und die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf ihren Alltag in Kauf nehmen. Dazu sind Bürgerinnen und Bürger aber nur bereit, wenn sie verstehen, warum genau diese Maßnahmen (und keine anderen) notwendig sind oder warum genau diese Kompromisse (und keine anderen) eingegangen werden sollen. Kurz gesagt, Bürgerinnen und Bürger werden ihren Beitrag nicht leisten, wenn ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wurde, sich eine eigene Meinung zum Thema zu bilden. Sie müssen zu der Überzeugung gelangt sein, dass die Opfer, Risiken und negativen Auswirkungen, die mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einhergehen, gerecht verteilt werden und notwendig und angemessen sind. Wenn die Bürger in öffentlichen Debatten nicht davon überzeugt werden können, ihr Verhalten zu ändern und ihren Beitrag zu leisten, werden die fraglichen politischen Maßnahmen schlicht nicht die gewünschten Ziele erreichen. In der Politik wie in der Familie müssen wir uns mit den Mitmenschen arrangieren, die um uns herum sind. Wir können uns unsere Mitbürger nicht einfach wegwünschen. Da eine Gesellschaft nicht besser sein kann als ihre Mitglieder, kann man entweder versuchen, im gegenseitigen Austausch das Denken und die Haltung derjenigen zu ändern, die anderer Meinung sind. Oder man kann versuchen, sie zu blindem Gehorsam zu zwingen. Das eine nennen wir Demokratie, das andere Autoritarismus. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Eine deliberative Demokratie ist keine Utopie, sondern schlicht Notwendigkeit und beruht auf der Erkenntnis, dass unsere Gesellschaften nicht „schneller“ vorankommen können, wenn sie ihre Bürger außen vor lassen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in der Lage sein, sich zu informieren und sich an umfassenden politischen Debatten zu beteiligen, damit sie sich mit den politischen Entscheidungen, denen sie unterworfen sind, identifizieren und diese als ihre eigenen anerkennen können. Damit bin ich bei der zweiten Möglichkeit angelangt, auf die aktuelle Demokratiekrise zu reagieren.

## **Gegenwehr: Verbesserung der demokratischen Qualität politischer Öffentlichkeit**

Da Kapitulation keine Option ist, bleibt nur die Möglichkeit, sich den aktuellen Problemen zu stellen und nach Wegen zu suchen, mit denen man den negativen Auswirkungen der zunehmenden Fragmentierung und Polarisierung und **der Verbreitung von Fehl- und Desinformation in der Öffentlichkeit entgegenwirken kann**. An erster Stelle steht dabei die Notwendigkeit, die großen Social-Media-Plattformen so zu regulieren, dass ihre positiven Eigenschaften verstärkt und ihr zerstörerisches Potenzial neutralisiert wird. Allerdings sollte man sich – ohne die dringende Notwendigkeit einer angemessenen Regulierung in Abrede stellen zu wollen – darüber im Klaren sein, dass eine rein regulative Herangehensweise an dieses Problem ihre Grenzen hat. [Zur Auflösung der Fußnote\[4\]](#)

## Grenzen der Regulierung

Natürlich müssen Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass alle Medien, ob traditionell oder digitalisiert, für die Verbreitung von Des- oder Falschinformationen zur Verantwortung gezogen werden. [Zur Auflösung der Fußnote\[5\]](#) Und tatsächlich werden Inhalte von den großen Social-Media-Plattformen ja routinemäßig moderiert und überprüft, trotz der wiederholten Versuche, jegliche Verantwortung für die auf ihren Plattformen verbreiteten Inhalte von sich zu weisen. [Zur Auflösung der Fußnote\[6\]](#) Allerdings ist es alles andere als optimal, die Moderation von Inhalten der öffentlichen Meinungsbildung privaten Unternehmen zu überlassen. Andererseits bringt eine staatliche Regulierung ganz eigene Probleme mit sich. Abgesehen von der Gefahr staatlicher Zensur könnten Behörden oder Gerichte kaum die gewaltige Menge an Inhalten bewältigen, die von den Plattformen täglich entfernt werden, und den Nutzern gleichzeitig ordnungsgemäße Verfahren und die Möglichkeit garantieren, rechtliche Mittel einzulegen. Eine dritte Variante – die aber wiederum ihre eigenen Probleme birgt – bestünde darin, den Nutzern selbst die Möglichkeit zu geben, die Inhalte, die in ihren Feeds erscheinen, zu kontrollieren oder aus verschiedenen, gleichermaßen verfügbaren Optionen zu wählen. Wie die beste Lösung aussehen könnte, ist derzeit noch unklar. Die Situation ist komplex und entwickelt sich auch aufgrund der technologischen Innovationen ständig weiter.

Die Regulierung der Online-Kommunikation umfasst jedoch noch ein tiefliegenderes Problem, denn die Gefahren, die durch Fragmentierung, Polarisierung oder Fehlinformation entstehen, sind kein rein digitales Phänomen. Die Fragmentierung und Selbstsegregation, die online stattfindet, scheint die Fragmentierung sozialer Netzwerke widerzuspiegeln, die sich aus den freien Entscheidungen der Bürger in ihrem Offline-Leben ergibt – etwa daraus, wo Menschen am liebsten wohnen, mit wem sie gerne sprechen, wofür sie sich engagieren oder welche Nachrichtenkanäle sie bevorzugen. [Zur Auflösung der Fußnote\[7\]](#) Wenn das zutrifft, ist fraglich, ob eine Regulierung der Social-Media-Plattformen überhaupt Abhilfe schaffen kann. [Zur Auflösung der Fußnote\[8\]](#) Und selbst wenn sich zeigen sollte, dass Social Media das Problem erheblich verschärfen, ist nicht klar, ob es einen



Regulierungsmechanismus gibt, der mit den Freiheiten der Bürger vereinbar ist und die freiwillige Online-Selbstsegregation (und die daraus resultierende Fragmentierung und Polarisierung) verhindern kann – schließlich gibt es auch im Offline-Bereich keinen Mechanismus, der diese Form der Segregation verhindert, etwa bei der Nutzung traditioneller Medien oder der Entscheidung für bestimmte Stadtviertel oder Schulen.

Das heißt, wenn es weitreichendere Gründe für Polarisierung, Fragmentierung und mangelnde Solidarität gibt – etwa die angesprochene außerordentliche Zunahme der Ungleichheit, die durch den neoliberalen Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten verursacht wurde – und es sich folglich um kein reines Online-Phänomen handelt, sondern um etwas, das alle Aspekte der Gesellschaft sowohl online als auch offline durchdringt, wird eine Verbesserung der Regulierung der Online-Kommunikation nicht ausreichen, um eine integrative Öffentlichkeit zu erhalten. **Wir brauchen zusätzliche Instrumente, um den negativen Auswirkungen von Fragmentierung und Polarisierung auf die politische Kommunikation entgegenzuwirken.**

### **Neue Formen der politischen Kommunikation**

Während wir nach Möglichkeiten suchen, Medien (online und offline) angemessen zu regulieren, um den aktuellen Bedrohungen entgegenzuwirken, könnte es hilfreich sein, neue Formen der politischen Kommunikation auszuprobieren, die sich besonders gut dazu eignen, Fragmentierung, Polarisierung und Fehlinformationen zu überwinden.

Bürgerversammlungen und ähnlich deliberative Mini-Öffentlichkeiten wie Bürgerjurys oder Deliberationsforen liefern vielversprechende Ansätze. [Zur Auflösung der Fußnote\[9\]](#) Die für diese deliberativen Foren charakteristische Inklusivität bietet den Teilnehmern das genaue Gegenteil einer Echokammer oder einer polarisierten politischen Debatte. Das macht sicher einen bedeutenden Teil ihrer Anziehungskraft aus, und zwar nicht nur bei den Organisatoren, sondern auch bei jenen Bürgerinnen und Bürgern, die bereits die Möglichkeit hatten, daran teilzunehmen. Allerdings gibt es die Tendenz, den potenziellen Nutzen dieser Innovationen ausschließlich aufgrund der positiven Erfahrungen zu bewerten, die sie den Beteiligten bieten, oder aufgrund der wertvollen Beiträge, die sie den politischen Institutionen liefern, die sie organisieren. Ohne diese Vorteile in Abrede stellen zu wollen, möchte ich mich hier jedoch auf die Pluspunkte konzentrieren, die deliberative Mini-Öffentlichkeiten nicht nur für die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger, sondern für die Öffentlichkeit insgesamt bieten könnten, wenn sie als Institutionen etabliert würden. Insbesondere möchte ich einige wichtige Beiträge hervorheben, die sie zur Erhaltung einer inklusiven politischen Öffentlichkeit leisten könnten.

Die öffentliche politische Debatte wird meist von mächtigen politischen Akteuren dominiert, deren Interessen jedoch häufig von denen der Allgemeinheit abweichen. Wie bereits erwähnt, hat sich diese Situation mit der Verbreitung von Social Media noch verschlimmert,

da diese die Bildung von Filterblasen und Echokammern fördern. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Wissenschaftlerinnen und Praktiker, die mit der Funktionsweise von Bürgerversammlungen und anderen deliberativen Mini-Öffentlichkeiten vertraut sind, von der Qualität der politischen Beratungen begeistert sind, die diese den Teilnehmern sowohl online als auch offline bieten. [Zur Auflösung der Fußnote\[10\]](#) Mini-Öffentlichkeiten ermöglichen fundierte, qualitativ hochwertige Beratungen über wichtige politische Entscheidungen – durchgeführt von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die repräsentativ für die Wähler sind, die diese Entscheidungen betreffen werden. Tatsächlich sind die deliberativen Bedingungen, unter denen die Teilnehmer beraten und ihre Entscheidung treffen – Inklusion, Diversität, Zugang zu verlässlichen und ausgewogenen Informationen, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Orientierung am öffentlichen Interesse –, in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von den Verhältnissen in den meisten Social-Media-Foren, die den Bürgern sonst zur Verfügung stehen. Es ist daher nachvollziehbar, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die mit der Funktionsweise von Mini-Öffentlichkeiten vertraut sind, zunehmend dafür begeistern. Würden deliberative Mini-Öffentlichkeiten für eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten auf lokaler, nationaler und sogar transnationaler Ebene etabliert, könnten sie zu einer äußerst wertvollen Ressource für die gesamte Bürgerschaft werden, gerade in einer Zeit, in der die Möglichkeit zu integrativen und unparteiischen politischen Beratungen auf Grundlage fundierter Informationen kaum noch gegeben ist.

## Mini-Öffentlichkeiten und Demokratie

Wie könnten Mini-Öffentlichkeiten dazu beitragen, die Inklusivität und die Qualität der Beratung im öffentlichen Diskurs zu verbessern?

Zunächst einmal könnten sie wichtige Aufgaben übernehmen, die sich nicht allzu sehr von jenen unterscheiden, die die traditionellen Medien (früher) erfüllt haben. Wie bei den klassischen Medien würde auch ihr Beitrag nicht darin bestehen, den Bürgerinnen und Bürgern das Denken oder bestimmte Entscheidungen abzunehmen. [Zur Auflösung der Fußnote\[11\]](#) Vielmehr würden sie die wichtigsten Argumente für und gegen die zur Diskussion stehenden politischen Maßnahmen für alle Bürgerinnen und Bürger besser zugänglich und verständlich machen. [Zur Auflösung der Fußnote\[12\]](#) Das erreicht man etwa dadurch, dass Mini-Öffentlichkeiten irrelevante oder offenkundig manipulative Erwägungen herausfiltern, die einer öffentlichen Prüfung nicht standhalten können, und gleichzeitig die wichtigsten Informationen, mögliche Kompromisse und langfristige Folgen der verfügbaren Alternativen hervorheben und sie aus verschiedenen politischen Perspektiven bewerten, die bei den Bürgern einer politischen Gemeinschaft auf Resonanz stoßen.

In dem Maße, in dem die zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Spiegelbild der gesamten Gesellschaft sind, werden die Gründe und Erwägungen, die sie zu

ihren Urteilen veranlassen, mit hoher Wahrscheinlichkeit die gleichen sein wie die der übrigen Bürgerinnen und Bürger. [Zur Auflösung der Fußnote\[13\]](#) Indem die Mini-Öffentlichkeiten die Erwägungen hervorheben, die für die Urteilsbildung zu einer bestimmten politische Frage besonders relevant sind, senken sie nicht nur die Kosten für die Beschaffung dieser Art von Informationen für die Öffentlichkeit, sondern trennen auch die „Spreu vom Weizen“. Das heißt: **Die vielen verzerrenden Behauptungen, die strategisch eingesetzt werden, um zu verwirren, anstatt zu informieren, einer deliberativen Prüfung jedoch nicht standhalten, werden aussortiert.** [Zur Auflösung der Fußnote\[14\]](#) Indem sie die verfügbaren Argumente prüfen und ihren Mitbürgern nach sorgfältiger Abwägung ihre Urteile übermitteln, könnten Mini-Öffentlichkeiten so eine konstruktive Rolle bei der Strukturierung des öffentlichen Diskurses spielen. **Sie könnten den Informationsfluss im öffentlichen Raum regulieren, indem sie das mühselige Sortieren von Argumenten übernehmen** und die Begründungen für die daraus resultierenden Positionen präsentieren. Darüber hinaus sind Mini-Öffentlichkeiten aufgrund ihrer Inklusivität nicht nur in der Lage, für die gesamte Öffentlichkeit akzeptable Argumente zu identifizieren, sondern sie können auch dazu beitragen, die Anliegen von Randgruppen bekannt zu machen, die sonst bei den einflussreichsten politischen Akteuren kaum Gehör finden.

In diesem Zusammenhang sollte man vielleicht hervorheben, dass Mini-Öffentlichkeiten so vielfältig sind wie die Bürger selbst und ihre Ansichten zu umstrittenen politischen Themen genauso heterogen sein können wie im Rest der Gesellschaft. Das macht sie aber nicht nutzlos. Im Gegenteil. Sie können dem Rest der Bürgerschaft wichtige Informationen zur Verfügung stellen, wenn ihre Überlegungen und Empfehlungen weithin zugänglich gemacht werden. Das Wissen um die Interessen, Werte und Argumentationslinien, die bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bezug auf strittige politische Fragen auf Resonanz stoßen, ist gerade dann wichtig, wenn wir nicht einer Meinung sind. Denn wenn man die eigentlichen Ursachen für Streitereien und Meinungsverschiedenheiten zu bestimmten politischen Themen kennt – im Gegensatz zu den manipulativen Behauptungen und Pseudoargumenten, die ständig in der Öffentlichkeit kursieren –, weiß man auch, welche Art von Informationen, Belegen, Argumenten oder Gegenargumenten man den Mitbürgern liefern muss, um die öffentliche Debatte über diese Themen voranzubringen. Denn genau dazu sind die Bürgerinnen und Bürger in einer zunehmend fragmentierten und polarisierten Öffentlichkeit kaum noch in der Lage.

*Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.*